



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
<http://ageconsearch.umn.edu>
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Isermeyer, F.: Politikrelevanz der agrarökonomischen Forschung. In: Weingarten, P., Banse, M., Gömann, H., Isermeyer, F., Nieberg, H., Offermann, F., Wendt, H.: Möglichkeiten und Grenzen der wissenschaftlichen Politikanalyse. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 46, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (2011), S. 31-44.

POLITIKRELEVANZ DER AGRARÖKONOMISCHEN FORSCHUNG

Prof. Dr. Folkhard Isermeyer¹

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag widmet sich der Frage, wie politikrelevant (a) die Themen und (b) die Ergebnisse der wissenschaftlichen Agrarökonomie sind. Bezüglich der Themenwahl wird generell eine hohe Politikrelevanz festgestellt. Forschungsarbeiten zu realpolitisch aktuellen Themen sind wichtig, um wissenschaftlichen Sachverstand in die Politikgestaltung einfließen zu lassen. Die Wissenschaft sollte aber darauf achten, dass sie sich bei der Themenzuspitzung nicht zu sehr von realpolitischen Vorfestlegungen einengen lässt, sondern die gesellschaftlichen Ziele als Ganzes im Blick behält. Zur Relevanz der Ergebnisse wird eine differenzierte Antwort gegeben: Einerseits ist der agrarökonomischen Forschung durchaus eine positive gesellschaftliche Wirkung zuzuschreiben, andererseits ist festzustellen, dass die allermeisten agrarökonomischen Forschungsarbeiten keinen Eingang in die Politik finden und in der vorgelegten Form auch von der Politik als wenig nutzbar angesehen werden. Um dies zu ändern, müsste die Forschung stärker auf alle drei Stufen eines umsetzbaren Politikvorschlags ausgerichtet werden, nämlich (a) Entwicklung innovativer Politikoptionen, (b) Konkretisierung in Bezug auf die rechtlichen Gegebenheiten und (c) Politikfolgenabschätzung im Systemzusammenhang. In der zersplitterten deutschen Forschungslandschaft und bei den gegebenen Anreizstrukturen sind die meisten Forschungseinrichtungen hierzu nicht in der Lage. Deshalb werden am Schluss des Beitrags einige Handlungsoptionen zur Überwindung der erkannten Defizite skizziert.

Keywords

Agrarökonomie, Forschung, Politikberatung, Deutschland

1 Einleitung

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, die Politikrelevanz der agrarökonomischen Forschung einzuschätzen und einige Überlegungen zu der Frage anzustellen, wie diese Politikrelevanz eventuell verbessert werden könnte.

Lassen Sie mich vorausschicken, dass ich das Thema, welches mir die Organisatoren dieser Veranstaltung gestellt haben, hier nicht in Form einer wissenschaftlichen Analyse bearbeiten werde, und zwar aus zwei Gründen: Erstens wäre ein Politikwissenschaftler gewiss besser befähigt als ein Agrarökonom, um eine wissenschaftliche Analyse zur Politikrelevanz agrarökonomischer Forschung durchzuführen. Und zweitens wäre ich, selbst wenn ich über das nötige politikwissenschaftliche Handwerkszeug verfügen würde, sicher nicht der geeignete Referent, da ich als langjähriger Ressortforscher und als amtierender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik zweifellos befangen bin.

Ich bin davon ausgegangen, dass mich die Veranstalter gerade wegen meiner persönlichen Befangenheit als Referent ausgewählt haben, weil sie von mir hören möchten, (a) welche Erfahrungen ich in der praktischen Politikberatung gewonnen habe und (b) welche Einschätzungen und Schlussfolgerungen ich daraus für die Weiterentwicklung der agrarökonomischen Forschung ableite.

¹ Präsident des Johann Heinrich von Thünen-Instituts (vTI), Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei, Bundesallee 50, 38116 Braunschweig. Vortrag in der Plenar-Veranstaltung „in memoriam Wilhelm Henrichsmeyer“ der 50. Jahrestagung der Gewisola in Braunschweig am 1.10.2010.

Diesem Wunsch will ich gerne nachkommen, und ich will dabei auch einige Hinweise aufgreifen, die uns während der Auftaktveranstaltung der Gewisola-Tagung aus der Perspektive der Ministerien, der EU-Kommission und der FAO mit auf den Weg gegeben wurden.

Wenn man über die Frage „Wie politikrelevant ist unsere Forschung?“ intensiver nachdenkt, so zerfällt sie in zwei verschiedene Teilfragen:

- 1) Wir politikrelevant sind unsere **Themen**? (m.a.W.: Welchen Stellenwert geben wir Themen, die in der Politik auf der Tagesordnung stehen bzw. stehen sollten?)
- 2) Wie politikrelevant sind unsere **Ergebnisse**? (m.a.W.: Führen wir unsere politikrelevanten Forschungsthemen zu Ergebnissen, die für die Politik nutzbar sind?)

2 Politikrelevanz der agrarökonomischen Themen

Ich hoffe auf Ihr Einverständnis, dass wir die Vorträge, die während einer Gewisola-Tagung gehalten werden, als eine einigermaßen repräsentative Leistungsschau der deutschen Agrarökonomie ansehen können. Dieses vorausgesetzt, kann uns die am Schluss dieses Beitrags stehende Übersicht zumindest für ein Jahr einen Eindruck über die Politikrelevanz unserer agrarökonomischen Forschung vermitteln.

Für die Anfertigung der Übersicht habe ich die Vorträge der Gewisola-Jahrestagung 2009, die in Kiel stattfand, anhand der Titel und der Zusammenfassungen in verschiedene Kategorien eingeteilt. Für jene Vorträge, die im engeren oder weiteren Sinne als politikrelevant einzustufen waren, habe ich außerdem in maximal zwei Zeilen eine Ergebnis-Kernaussage zu formulieren versucht. Sowohl die thematischen Zuordnungen als auch die Extraktion der Kernaussagen sind natürlich diskutabel, und ich bitte jene Autoren, die sich inhaltlich falsch verstanden fühlen, um Nachsicht.

Es geht bei dieser Übung nicht vorrangig um Korrektheit im Einzelfall, sondern um die Gesamtschau. Und diese führt, auch wenn die Zuordnung im Einzelfall nicht immer perfekt gelungen sein sollte, doch zu einem ganz klaren Ergebnis:

Die Mehrzahl der in der Gewisola-Tagung 2009 vorgetragenen Referate beschäftigte sich mit Fragestellungen, die einen klaren Bezug zu aktuellen agrar-, umwelt-, tierschutz- oder verbraucherpolitischen Debatten haben.

Die agrarökonomische Forschung in Deutschland ist also, was die Themenwahl angeht, zweifellos politikrelevant und nimmt auf die aktuelle Politikdebatte Bezug.

An dieser Stelle lohnt es sich, innezuhalten und sich die Frage zu stellen, ob diese hohe Bezugnahme auf aktuelle politische Fragestellungen überhaupt erstrebenswert ist. Ist die agrarökonomische Forschung vielleicht sogar zu politikrelevant in dem Sinn, dass sie allzu leicht auf jede Sau aufspringt, die durchs Dorf der Tagespolitik getrieben wird? Läuft sie Gefahr, dadurch die Beschäftigung mit den wirklich wichtigen Langfristfragen unserer Gesellschaft zu vernachlässigen?

Ganz abwegig ist dieser Gedanke sicher nicht. Lassen wir noch einmal ein paar Top-Themen aus vergangenen Zeiten vorüber gleiten: Analysen zum Grenzausgleich in der EWG, zur Bemessung der Getreide-Interventionspreise, zur Ausgestaltung der Milchquotenbörse – alles vergänglich, heute nichts mehr wert. Und schauen wir uns unter diesem Blickwinkel die heutigen Themen an, so können wir erahnen, dass einigen dieser Themen ein ähnliches Schicksal blühen wird.

Die Antwort auf die Frage, ob eine Konzentration der wissenschaftlichen Agrarökonomie auf tagespolitisch aktuelle Fragen wünschenswert ist oder nicht, hängt sicher vom Standpunkt und den Interessen des Betrachters ab.

- Für Referatsleitungen im BMELV oder im BMU, die Vorschläge zur Anpassung der Fördersätze im EEG auszuarbeiten haben, ist ein wissenschaftlich abgestützter Rat

hierzu sicher wertvoll – und es ist zweifellos auch für unser Land insgesamt ein Gewinn, wenn z. B. bei der Feinsteuerung der Einspeisevergütungen wissenschaftlich-objektive Analysen zugrunde gelegt werden und nicht alles nur dem Wettstreit der Interessenvertreter aus der Wirtschaft und den NGOs überlassen bleibt.

- Andererseits: Wenn die öffentlich finanzierte Agrarökonomie ihre Ressourcen zu sehr darauf verwendet, sich mit solchen kurzfristig aktuellen Regelungsdetails zu befassen, dann besteht durchaus die Gefahr, dass der Blick auf die übergeordneten Ziele zu kurz kommt. Um beim Beispiel EEG zu bleiben: Die Biogas-Subventionierung ist kein Selbstzweck, sie soll übergeordneten klima- und energiepolitischen Zielen dienen. Wenn nun aber die Politik und die Agrarforschung vorrangig an den Details der Biogas-Förderung „herumschrauben“ und dabei ausblenden, dass mit anderen energie- und klimapolitischen Maßnahmen die gesellschaftlichen Ziele effizienter zu erreichen wären, dann machen sie allein durch die Themenwahl durchaus einen Fehler.

Wir brauchen also beides: Einerseits wissenschaftlich abgestützten Rat, der die Politik in ihrem Tagesgeschäft unterstützt, andererseits aber auch politikrelevante Forschung, die die aktuelle Politikdebatte als solche kritisch hinterfragt, indem sie den übergeordneten Blick aufs große Ganze öffnet.

Hier die richtige Balance zu finden, ist eine schwierige und sehr ernstzunehmende Aufgabe. Wenn sich die wissenschaftliche Agrarökonomie bei ihrer Themenwahl bzw. bei der Zuspitzung der Themen primär von der tagespolitischen Aktualität leiten lässt, dann kann sie gewiss sein,

- dass sie von den Vertretern der Ministerien oder der EU-Kommission gelobt wird (durchaus zurecht, denn sie arbeitet Ihnen ja auch wirklich problemgerecht zu),
- dass sie aber auch von jenen Lobbygruppen gelobt wird, die Nutznießer der bisherigen Politik sind, denn die Verengung der Themenstellung auf das Drehen kleiner Schrauben (bei grundsätzlicher Beinhaltung der Politikmaßnahme) kommt den Nutznießern natürlich grundsätzlich entgegen, weil damit der gesamte Politikrahmen zunächst weiter stabilisiert wird – zumal Lobby und Regierung später immer sagen können, alles sei wissenschaftlich begleitet und sorgfältig geprüft.

Will die wissenschaftliche Agrarökonomie dieser Problematik entkommen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, sie agiere lediglich als „Rechenknecht“ oder „nützlicher Idiot einer Klientelpolitik“, dann muss sie eigentlich immer ihre Themenstellung weiter fassen und auch grundlegend andere Politikoptionen in den Blick nehmen – und zwar auch dann, wenn diese nicht auf der tagespolitischen Agenda stehen. Wenn sie dies dann aber tatsächlich tut, handelt sie sich prompt den Vorwurf ein, sie befasse sich in ihrem „Elfenbeinturm“ mit „realitätsfernen, theoretischen Abhandlungen“ und/oder „akademischen Glasperlenspielen“.

Es zeigt sich also, dass die Forderung nach „mehr Politikrelevanz“ leicht ausgesprochen ist, dass wir aber beim Versuch, dies in konkretes wissenschaftliches Handeln umzusetzen, in schwierig aufzulösende Dilemma-Situationen hineinlaufen können.

Aktuelles Beispiel: Die Debatte um die Agrarpolitik nach 2013

Dass diese Zusammenhänge für unsere praktische Arbeit von allergrößter Bedeutung sind, konnte man in den vergangenen Monaten sehr gut bei der Debatte um die EU-Agrarreform beobachten.

Lassen Sie mich hierzu ein paar Erfahrungen schildern, die wir im Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik des BMELV gemacht haben:

Im Zentrum der Debatte steht die Zukunft der Direktzahlungen, d. h. es geht um den nicht geringen Jahresbetrag von fast 6 Mrd. Euro für Deutschland bzw. fast 40 Mrd. Euro für die Europäische Union.

Viele der kursierenden Politikvorschläge stellen nur geringfügige Modifikation des derzeitigen Systems der Direktzahlungen dar. Der Wissenschaftliche Beirat hat sich der Problematik in seinem jüngsten Gutachten, das im Frühjahr veröffentlicht wurde, grundsätzlicher genähert, indem er sich fragte, (a) welche gesellschaftlichen Herausforderungen im Bereich Ernährung, Landwirtschaft, Ländliche Räume existieren, und (b) ob man diese Ziele erreichen kann, indem das System der Direktzahlungen (ggf. in modifizierter Form) fortführt.

Das Kernergebnis der Analyse war eindeutig: Viele der hier relevanten Politikziele werden mit den Direktzahlungen überhaupt nicht erreicht; andere Ziele werden erreicht, aber mit unnötig hohem Mitteleinsatz. Eine schrittweise Reduzierung der Direktzahlungen wäre für die Landwirtschaft verkraftbar, allerdings müsste man dies in einigen Problemregionen mit einer eventuell aufzustockenden Ausgleichszulage flankieren.

Dieses Kernergebnis ist nicht verwunderlich: Die Direktzahlungen wurden in den frühen 90er Jahren eingeführt, um Einkommenseinbußen kompensieren zu können, welche durch einen abrupten Politikwechsel (Fortfall der früheren Marktstützung) verursacht wurden. Diese ursprüngliche Begründung der Direktzahlungen (Ausgleich für abrupten Politikwechsel) hat nach fast zwei Jahrzehnten verständlicherweise an Überzeugungskraft verloren. Außerdem hat sich gezeigt, dass der Strukturwandel die internationale Wettbewerbsposition der meisten Agrarregionen stabilisieren konnte; sie behaupten sich erfolgreich im liberalisierten Markt, obwohl die Direktzahlungen entkoppelt und insoweit größtenteils nicht produktionswirksam sind. Hinzu kommt, dass sich einige Agrarpreise günstiger entwickelt haben als zunächst erwartet wurde. Für die Zukunft wird infolge der veränderten Knappheitsverhältnisse auf den Agrar- und Energiemärkten mit tendenziell noch günstigeren Agrarpreisen gerechnet. Wenn die Politik in dieser Situation nun die Direktzahlungen mit neuer Legitimation versieht und als Allzweckwaffe für alle möglichen Politikziele anpreist, ist dies wenig überzeugend.

Versetzen wir uns (rein hypothetisch) einmal für einen Augenblick in die Lage eines Menschen, der in der Verantwortung steht, für Deutschland die großen Herausforderungen im Politikfeld Ernährung, Landwirtschaft und ländliche Räume zu meistern, also:

- Gesunde Ernährung (d. h. vor allem die Beeinflussung des Ernährungsverhaltens unserer Kinder und Jugendlichen),
- Tierhaltungssysteme (d. h. Veränderung einiger Produktionssysteme mit dem Ziel, die Tierhaltung besser mit den Wünschen der Bevölkerung in Einklang zu bringen),
- Treibhausgas-Emissionen (d. h. Minderung sektoraler und regionaler Stickstoffüberschüsse sowie Nutzungsänderungen für besonders emissionsgeneigte Standorte),
- Biotopverbundnetz (d. h. ein Netz von Biotopflächen, welches die Naturschutzleistung optimiert, ohne die Erträge der Agrar- und Forstwirtschaft unnötig zu mindern),
- Nutzartenvielfalt (d. h. Entwicklung und Umsetzung einer globalen Strategie gegen die zu starke Verengung des Nutzpflanzen- und Nutztierassenspektrums),
- Wettbewerbsfähigkeit (d. h. Schaffung einer leistungsfähigeren F&E-Abteilung für unsere Agrarwirtschaft und bessere Unterstützung unserer Agrar-Exporteure),
- Demographischer Wandel (d. h. Maßnahmen zum Umgang mit der Überalterung und dem dramatischen Bevölkerungsverlust in ländlichen Problemregionen),

und die deutschen Steuerzahler gäben uns in jedem Jahr fast 6 Mrd. Euro mit der Maßgabe, diese Mittel möglichst klug zur Erreichung der Ziele einzusetzen. Kein Mensch käme doch auf die Idee, das ganze Geld mit einem großen Schwung breit über alle Agrarflächen zu verteilen und zu behaupten, auf diese Weise würden die Probleme bestmöglich gelöst.

Diese Kernbotschaften haben wir in unserem Gutachten aufgeschrieben (natürlich nicht so plakativ wie hier, sondern ausführlich hergeleitet), und wir haben dann in einer ersten Skizze angedeutet, wo die Politik ihre Hebel sinnvoller als bisher ansetzen könnte.

Dabei ist uns natürlich klar, dass ein so drastischer Politikwechsel, wie wir ihn längerfristig für erforderlich halten, in der großen Europäischen Union nicht über Nacht herbeizuführen ist. Deshalb haben wir vorgeschlagen, die Periode 2014-2020 als Übergangsperiode zu konzipieren und die EU-Kommission zu beauftragen, bis zur Halbzeit dieser Periode entlang der vorgeschlagenen Leitlinien konkrete Optionen für den Politikwechsel auszuarbeiten. Also: Schrittweiser Umbau der Politik, auch um die Anpassungsfähigkeit des Sektors nicht zu überfordern.

Die Reaktionen auf das Gutachten waren sehr unterschiedlich, und das Spektrum der Bewertungen reichte bis an beide Enden der Notenskala. Die Reaktion des Deutschen Bauernverbandes brachte Generalsekretär Dr. Born in einem Leserbrief an die Zeitschrift *top agrar* wie folgt auf den Punkt: „*Vom Beirat [wurde] eine Riesenchance vertan, an konkreten Schritten mitzuarbeiten.*“

Der DBV stimmt damit genau jene Melodie an, mit der Wissenschaftler, die grundsätzlich über die Interventionslogik des derzeitigen Direktzahlungssystems mit seinem Ausgabenvolumen von fast 40 Mrd. Euro pro Jahr nachdenken, als „politisch irrelevant“ bezeichnet und somit aus dem realpolitischen Dialog herausgehalten werden sollen. Folgt man diesem Bewertungsschema, dann könnten „relevante Agrarökonomen“ gegenwärtig nur solche sein, die ihre Themenstellung von vornherein so eingrenzen, dass dabei die Direktzahlungen nicht im Grundsatz angezweifelt werden. Hätten wir also anstelle des Themas „Sollte die Direktzahlungs-Politik beibehalten oder ersetzt werden?“ wider bessere Einsicht das Thema „Wie sollten die Direktzahlungen umverteilt und ergänzt werden?“ wählen sollen, um als „relevant“ anerkannt zu werden?

Wenn man auf das Ergebnis schaut, scheint das Kalkül des DBV aufzugehen: Das Gutachten des Beirats wird voraussichtlich keine realpolitische Wirkung erzielen, d. h. es wird auch keinen Auftrag an die EU-Kommission geben, weil der Beirat nicht das richtige Thema gewählt hat.

Soweit die Überlegungen zur Teilfrage: „Sind unsere **Themen** politikrelevant?“. Das Zwischenfazit lautet:

- Die wissenschaftliche Agrarökonomie in Deutschland befasst sich in einem hohen Maße mit agrarpolitisch relevanten Themen.
- Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass viele Akteure in der Politik uns auffordern, unsere politikorientierten Themenstellungen stärker zuzuspitzen auf jene konkreten Fragestellungen, die in der Realpolitik auf der Tagesordnung stehen.
- Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass dies einerseits sinnvoll ist, damit unser Sachverstand in höherem Maße als bisher in die konkrete Politikgestaltung einfließt. Andererseits werden wir aber unserer gesellschaftlichen Verpflichtung nur gerecht, wenn wir uns bei der Themenfestlegung und -zuspitzung nicht von realpolitischen Vorfestlegungen einengen lassen, sondern die gesellschaftlichen Ziele als Ganzes im Blick behalten.

3 Politikrelevanz der agrarökonomischen Ergebnisse

Nun komme ich zur Frage, ob die **Ergebnisse**, die wir bei der Bearbeitung unserer politikrelevanten Themen erzielen, für die Politik brauchbar sind.

Hierbei greife ich teilweise auch auf Einschätzungen zurück, die von den Nutzern der Ergebnisse (Ministerien, EU-Kommission, FAO) am Eröffnungstag unserer Jahrestagung vorgetragen worden sind. In der Summe kann man diese Einschätzungen vielleicht am besten so zusammenfassen: Ja, die Ergebnisse sind für die Politik nutzbar und wertvoll, aber der Nutzen könnte – auch angesichts der nicht unerheblichen Ressourcen, die unser Land in die agrarökonomische Forschung steckt – durchaus höher ausfallen.

Um zu ermessen, wie wertvoll unsere Ergebnisse für die Gesellschaft gewesen sind, sollten wir uns einmal für einen Augenblick vorzustellen versuchen, welche Politikentwicklung sich wohl ohne agrarwissenschaftliche Begleitung ergeben hätte.

Wenn wir dies für unser traditionell wichtigstes Politikfeld tun, d. h. für die EU-Agrarpolitik, so wage ich die These, dass die frühere EU-Agrarpolitik auch dann abgeschafft worden wäre, wenn es die Dauerkritik der wissenschaftlichen Agrarökonomie an dieser Politik nicht gegeben hätte. Die Fehlentwicklungen der früheren Marktordnungspolitik wären ja im Laufe der Zeit – für die Allgemeinheit wahrnehmbar – immer offenkundiger geworden, so dass die Politik irgendwann zum Handeln gezwungen gewesen wäre. Doch gut möglich, dass dieser Politikwechsel ohne den Beitrag der wissenschaftlichen Agrarökonomie deutlich später erfolgt wäre, weil es die Vertreter des Berufsstandes leichter gehabt hätten, der Öffentlichkeit und dem Parlament zu suggerieren, eine Absenkung der Marktstützung würde das Ende unserer deutschen Landwirtschaft bedeuten. Die agrarökonomische Forschung hat hier zweifellos wichtige Aufklärungsarbeit geleistet und somit einen sinnvollen Politikwechsel gefördert.

Was passieren kann, wenn sich ein Politikfeld ganz ohne wissenschaftlich-agrarökonomische Begleitung entwickelt, konnte man sehr anschaulich bei der Evolution der Bioenergie-Politik beobachten. In den 80er und 90er Jahren gab es in agrarökonomischen Instituten zwar einzelne sporadische Arbeiten zu dieser Thematik, doch waren diese relativ weit von der Frage der konkreten politischen Implementierung von Bioenergie-Politiken entfernt. Systematischere, politikrelevante Diskussionen hätte man im Beratungsgremium der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe führen können. Dieses wurde jedoch 1999 ersatzlos aufgelöst. So kam es, dass sowohl die Biodiesel-Gesetzgebung als auch die EEG-Novelle 2004, soweit ich es übersehe, weitgehend ohne wissenschaftliche Begleitung der wissenschaftlichen Agrarökonomie über die Bühne gingen.

Das Ergebnis ist bekannt. Vor drei Jahren, als die Politikmaßnahmen implementiert waren und die Fehlentwicklungen deutlich wurden, gab es dann fast kollektiv einen Aufschrei der AgrarökonomInnen, sowohl in Deutschland als auch international, und dieser hat durchaus eine gewisse (wenn auch von manchen nur als homöopathisch empfundene) Wirkung auf die Politik gehabt. Eine exakte Quantifizierung der Wirkung all dieser agrarökonomischen Stellungnahmen aus der Periode 2007/08 wird natürlich nie möglich sein, weil unbekannt bleibt, wie sich die Politik ohne diese Stellungnahmen entwickelt hätte.

Fazit: Der gesellschaftliche Nutzen der wissenschaftlichen Agrarökonomie steht außer Frage, und da es sich bei den exemplarisch herausgegriffenen Forschungsgegenständen (GAP, Bioenergie-Politik) um milliarden schwere Gebilde handelt, dürfte man mit ein wenig Rechenkunst wohl auch zu dem Ergebnis gelangen, dass die Nutzen-Kosten-Relation unserer Arbeit positiv ist.

Anstatt nun aber darüber zu spekulieren, wie hoch der volkswirtschaftliche Nutzen der wissenschaftlichen Agrarökonomie ist, möchte ich mich im Folgenden der unbequemen Frage zuwenden, weshalb die allermeisten der von uns durchgeführten Forschungsarbeiten so wenig Widerhall in der Politik finden.

Wenn es nicht am Thema liegt, und die Themen sind ja – wie bereits festgestellt – überwiegend auf politiknahe Fragestellungen ausgerichtet, dann muss es

- entweder daran liegen, dass wir bei der Zuspitzung unserer konkreten Forschungsansätze das inhaltliche Kernproblem, welches es eigentlich zu lösen gilt, wieder aus den Augen verlieren und deshalb im Endeffekt wenig brauchbare Ergebnisse liefern,
- oder aber daran, dass wir zwar brauchbare Ergebnisse liefern, diese aber von der Politik nur begrenzt erwünscht sind und daher auch gern einmal ignoriert werden.

Meine Einschätzung ist: Es liegt wohl an beidem. Zum einen fällt das Angebot der wissenschaftlichen Agrarökonomie zu dürftig aus, zum anderen scheint sich aber auch die Nachfra-

geseite (d. h. die Politik) oft nicht im Klaren zu sein, ob sie wirklich ein überzeugenderes Angebot der Wissenschaft einfordern will oder nicht.

Betrachten wir zunächst selbstkritisch unser Angebot: Wenn wir unsere Veröffentlichungen zu den politikrelevanten Themen durchschauen (siehe Übersicht im Anhang), dann ist es zweifellos so, dass die allermeisten Publikationen (a) nur einzelne Aspekte eines Themas beleuchten und (b) weit vor einem umsetzbaren Politikvorschlag stehen bleiben. Politikrelevante Themen stellen zwar den Ausgangspunkt für die wissenschaftliche Arbeit dar, doch geht es bei deren Bearbeitung häufig um die wissenschaftliche Methode und die hochwertige Publikation an sich, weniger jedoch um die Erarbeitung einer umsetzbaren Handlungsempfehlung für die praktische Politik. In die Niederungen der Realpolitik, wo es um rechtliche Aspekte der Umsetzung von Maßnahmen geht oder um Bürokratiekosten und dergleichen, wagt sich kaum ein Autor vor.

An dieser Stelle ist nun zu fragen: „Wollen wir uns überhaupt so weit in die Niederungen der Politik vorwagen?“ Und zweitens: „Könnten wir dies denn überhaupt leisten, wenn wir es denn wollten?“

Die Frage, ob wir überhaupt das Ziel ins Auge fassen wollen bzw. sollen, umsetzbare Politikvorschläge zu erarbeiten, wird in der wissenschaftlichen Gemeinschaft kontrovers diskutiert.

Konsens besteht sicher darin, dass es nicht Aufgabe der Wissenschaft ist, Politik zu machen. Es steht hier also überhaupt nicht zur Debatte, dass die Wissenschaft „den einen“ Politikvorschlag ausarbeitet und diesen dann durchficht. Es geht hier vielmehr um die schwierige Frage, ob die wissenschaftlichen Agrarökonomern versuchen sollten, für die Politik mehrere zielführende Politikoptionen konkret auszuarbeiten und diese dann hinsichtlich der Wirkungen abzuschätzen.

Die meisten Kollegen werden auch diese Frage vermutlich verneinen und darauf verweisen, die Ausarbeitung konkreter Umsetzungspläne (auf Basis der zuvor von der Wissenschaft durchgeführten Analysen) sei doch eigentlich Aufgabe der Ministerien. Genau so haben wir uns im vergangenen Sommer auch im Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik geäußert, als es um das Gutachten „GAP nach 2013“ ging. Wir haben die Eckwerte einer u. E. besseren Agrarpolitik skizziert und der Politik (sprich: der Legislative) dann empfohlen, die EU-Kommission zu beauftragen, bis ca. 2017 ein entsprechendes Politikkonzept zu konkretisieren.

Die Folgen habe ich schon geschildert. Lobby, Fachpresse und Teile der Politik haben uns dafür gescholten, auf der Basis wolkiger Andeutungen einen grundlegenden Politikwechsel empfehlen zu wollen, und einen Auftrag an die Kommission wird es (ich möchte fast sagen: natürlich) nicht geben.

Ich habe daraufhin Gespräche mit Journalisten geführt, die in der berufsständischen Fachpresse die mangelnde Konkretisierung unseres Gutachtens kritisiert haben. Auf meine Frage, ob denn die Ausarbeitung konkreter Politikoptionen (auf Basis der vom Beirat skizzierten Vorschläge) nicht eigentlich Aufgabe der Administration sei (also: EU-Kommission oder BMELV), habe ich sehr klare, übereinstimmende Antworten bekommen. Sinngemäß: In der Lehrbuchwelt mag das vielleicht so sein, doch die reale Welt funktioniert anders. Wenn die Wissenschaft mit ihren weitreichenden Politikvorschlägen in der realen Welt wirklich politikrelevant werden will, dann muss sie selbst die komplette „Dreistufigkeit“ ausarbeiten und in die Politikdebatte einbringen:

- Erstens: Problemanalyse und Erarbeitung eines Grundkonzepts problemgerechterer Politikoptionen
- Zweitens: Konkretisierung dieser Politikoptionen (nicht unbedingt im Detail, aber wenigstens in Grundzügen bezüglich vorzunehmender Änderungen in den bestehenden politischen Regelwerken)

- Drittens: Abschätzung der zu erwartenden Folgen (Vergleich der vorgeschlagenen Politikoptionen (a) untereinander und (b) mit der derzeitigen Politik; umfassende Folgenabschätzung unter Beachtung des Systemzusammenhangs)

Die Vorträge, die wir am ersten Tag aus Sicht der (zum Teil enttäuschten) Nutzer der agrarökonomischen Arbeiten hören durften, bestätigen diese Einschätzungen der Agrarjournalisten.

Das bedeutet: Diejenigen unter uns, die realpolitische Relevanz in überschaubarer Zeit erzielen wollen, haben eigentlich gar keine andere Wahl, als in die halbwegs konkrete Ausarbeitung und Folgenabschätzung von Politikoptionen einzusteigen.

Das führt uns dann zur zweiten Frage: „Könnten wir all dies denn überhaupt leisten - vorausgesetzt, wir wollten es?“

An dieser Stelle kommen die Strukturprobleme unserer Forschungslandschaft ins Spiel, über die in mehreren Beiträgen der diesjährigen Jahrestagung und in vielen vorausgegangenen Analysen schon berichtet worden ist. Ich belasse es deshalb hier bei wenigen Stichworten:

- Das Rückgrat der deutschen Forschungslandschaft sind die Universitäten, und in deren Anreiz- und Belohnungsmechanismen spielt die Frage, ob eine wissenschaftliche Arbeit realpolitische Relevanz entfaltet, eine immer geringere Rolle.
- Der größte Teil der Forschungsarbeiten wird von Doktoranden geleistet, auch weil in den vergangenen Jahrzehnten der wissenschaftliche Mittelbau der Universitäten abgebaut wurde, und die inhaltliche Ausrichtung der Promotionen hat sich in den letzten Jahren immer weiter in Richtung „Partikularisierung“ entwickelt.

In diesem universitären Umfeld die Dreistufigkeit „(a) Entwicklung innovativer Politikoptionen, (b) Konkretisierung in Bezug auf rechtliche Gegebenheiten, (c) Politikfolgenabschätzung im Systemzusammenhang“ umzusetzen, und letzteres möglichst auch noch EU-weit und räumlich differenziert, wie es Herr Dr. Scheele von der EU-Kommission in der Auftaktveranstaltung anregte, dürfte in den meisten Fällen vollkommen illusorisch sein. Um so mehr möchte an dieser Stelle meine Bewunderung für Prof. Henrichsmeyer und seine Mitarbeiter sowie Nachfolger an der Universität Bonn zum Ausdruck bringen, die diese fast unmögliche Aufgabe, unter den Bedingungen einer Universität ein nachhaltig nachgefragtes Politikberatungsangebot für die EU zu etablieren, in beeindruckender Weise gemeistert haben.

Im Allgemeinen stellt sich die Situation aber doch eher so dar, dass die deutsche Agrarökonomie mit ihren vielen politikorientierten Forschungsarbeiten, bildlich gesprochen, einen großen Haufen Puzzlesteine produziert, den sie dann der Politik vor die Füße schiebt in der vagen Hoffnung, diese würde daraus schon irgendwie ein stimmiges Gesamtbild erzeugen.

Unserere Auftaktveranstaltung hat meines Erachtens deutlich gemacht: In den allermeisten Fällen funktioniert das so nicht, was faktisch bedeutet, dass der größte Teil der agrarökonomischen Forschung Deutschlands in der praktischen Agrarpolitik gar nicht zur Kenntnis genommen wird, geschweige denn Wirkung erzielt.

Ein wenig Trost bietet sicher der Hinweis, dass wir mit unseren unkoordinierten „bits and pieces“ ja immerhin eine indirekte, „diffuse Politikrelevanz“ erzeugen, indem wir (a) mit unseren fachlichen Ergebnis-Bausteinen auch immer mal wieder einen wichtigen Zufallstreffer landen und (b) außerdem einschlägig ausgebildeten wissenschaftlichen Nachwuchs bereitstellen, der dann z. B. in einer späteren Tätigkeit im Ministerium die früher gewonnenen Erkenntnisse in guten Taten umsetzt. Dieser letztgenannte Effekt ist meines Erachtens nicht zu unterschätzen, und er spricht dafür, politikrelevante Forschung nicht nur in ein oder zwei Spezial-Instituten fortzuführen (das wären in Deutschland dann ja vor allem vTI und IAMO), sondern in der ganzen Breite der deutschen Agrarökonomie.

Dieser Verweis auf indirekte, diffuse Politikrelevanz ist zwar ein wenig tröstlich, doch mag ich mich mit dieser Zukunftsperspektive nicht begnügen. Denn sie führt ja bestenfalls zu Stagnation, eher jedoch zu einem weiteren schleichenden Verlust an realpolitischer Relevanz.

Und ganz gewiss ist es keine Perspektive, die uns Hoffnung geben könnte, im internationalen Wettbewerb der wissenschaftlichen Politikberatung wieder Boden gutmachen zu können.

4 Ansatzstellen zur Verbesserung der Politikrelevanz

Was können wir also tun, um aus dieser verfahrenen Situation herauszukommen? Ich sehe drei wesentliche Ansatzstellen, die auch bereits während der Auftaktveranstaltung angedeutet wurden:

(1) Zweckbestimmung und Anreizmechanismen in Einklang bringen

Meines Erachtens führt kein Weg daran vorbei: Jene Forschungseinrichtungen, die meinen, dass sie durch verzerrte Anreiz- und Belohnungsmechanismen in eine Richtung geführt werden, die für sie und ihre Zweckbestimmung schädlich ist, müssen sich dafür einsetzen, dass diese Mechanismen geändert werden.

Ich persönlich vertrete den Standpunkt, dass Agrarforschung in erster Linie angewandte Forschung ist. Andere Kollegen, die ich sehr schätze, vertreten eine andere Auffassung und verfolgen andere Prioritäten. Das ist m. E. überhaupt kein Problem, sondern kann zu einer sinnvollen Profilierung und Arbeitsteilung in unserem Forschungssektor führen. Wichtig erscheint mir nur, dass jede Forschungseinrichtung für sich selbst klar definiert, ob sie sich zur Anwendungsorientierung bekennt. Und wenn sie dies tut, dann ist es nur konsequent, im nächsten Schritt auch den Anwendungserfolg in den Anreiz- und Belohnungsmechanismen zu verankern. Alles andere wäre Etikettenschwindel.

Einen Wandel in den Anreiz- und Belohnungsmechanismen zu vollziehen, ist natürlich in einer relativ kleinen, spezialisierten Einrichtung wie dem vTI leichter möglich als in einer großen Universität. Wir haben deshalb im vTI bereits reagiert und unsere Beurteilungsrichtlinien in diesem Jahr flexibilisiert. Für die meisten Wissenschaftler ändert sich dadurch nur wenig, d. h. wissenschaftliche Publikationen bleiben ein Top-Kriterium, weil sie Ausweis internationaler Wettbewerbsfähigkeit sind und die Eintrittskarte in internationale Konsortien bedeuten. Flexibilisierung bedeutet jedoch, dass verschiedene Wissenschaftler unterschiedliche Profile ausbilden können. Je nach übergeordneter Zielsetzung können wir dann mit einem adäquat zusammengesetzten Team aufwarten, welches nicht gleich daran scheitert, dass sich z. B. niemand findet, der die nötigen wissenschaftlichen „Wasserträger-Funktionen“ (Monitoring-Konzepte, Daten-Generierung, Plausi-Checks etc.) zu übernehmen bereit ist.

Dass es an den Universitäten auf Dauer und überall unmöglich sein sollte, die Belohnungs- und Anreizmechanismen stärker auf die Bedürfnisse angewandter Fächer zuzuschneiden, vermag ich nicht zu glauben. Unter dem Aspekt der Politikrelevanz der Forschung ist es zu begrüßen, dass sich gegenwärtig in der deutschen Forschungspolitik eine neue Nachdenklichkeit entwickelt, was die Nutzbarkeit der Forschungsergebnisse für unsere Gesellschaft angeht. Agrarökonomien, die diesen Trendwandel unterstützen wollen, könnten erwägen, (a) innerhalb der Universität Allianzen mit anderen angewandten Fächern zu schmieden und (b) sich grenzüberschreitend mit Kollegen zu verbünden, die in anderen Ländern vor ähnlichen Problemen stehen.

(2) Internationalisierung strategisch vorantreiben

Internationale Kooperation ist inzwischen in den allermeisten Forschungseinrichtungen breit etabliert, und die Reisetitel sprengen alle früheren Dimensionen. Vor diesem Hintergrund verwundern zunächst die Hinweise, die deutsche Agrarökonomie sei international zu wenig präsent. Wir dürfen die diesbezüglichen Bemerkungen, die unter anderem während der Auftaktveranstaltung gegeben wurden, aber nicht ignorieren. Mir scheint, die Kritik bezieht sich nicht so sehr auf einen Mangel an internationaler Aktivität, sondern eher auf einen Mangel an internationaler Wirkung.

Ein naheliegender Ansatzpunkt, um unsere Wahrnehmbarkeit und unsere Wirkung im internationalen Politikraum zu verbessern, besteht sicher darin, dass wir jene politikrelevanten Ergebnisse, die wir erarbeiten, besser im internationalen Raum präsentieren. Das betrifft nicht zuletzt auch den Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik des BMELV.

So könnte beispielsweise dafür gesorgt werden, dass die Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats jeweils zeitnah ins Englische übersetzt werden und gezielt an einen breiten, relevanten internationalen Verteiler gelangen. Der Beirat könnte auch dazu übergehen, sich bereits bei der Erarbeitung bestimmter Gutachten international zu vernetzen. Und am Ende dieser Entwicklung könnte sogar die Entwicklung EU-weiter Beratungskonsortien stehen – immer vorausgesetzt, eine stärkere Politikrelevanz der wissenschaftlichen Agrarökonomie Deutschlands wird überhaupt politisch gewünscht.

Andere Ansatzstellen zur Internationalisierung betreffen die Arbeitsweise der Universitäten und der außeruniversitären Einrichtungen. Zweifellos ließe sich der internationale Sichtbarkeit erhöhen, wenn auch die „graue Literatur“ (Arbeitsberichte etc.) von vornherein in englischer Sprache veröffentlicht würde. Günstig wäre es auch, wenn die Einrichtungen bessere Voraussetzungen dafür schaffen würden, dass ihre Mitarbeiter länger als nur ein Forschungssemester in internationalen Einrichtungen tätig werden können.

(3) Politikorientierte Forschungskonsortien etablieren

Auch wenn es für viele frustrierend klingen mag: Die unzähligen Debatten der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es zwecklos ist, weiterhin über die föderal zergliederte und räumlich zersplitterte Struktur unserer deutschen Agrarforschung zu jammern und von der Politik grundlegende Neustrukturierungen zu fordern. Wenn wir unsere Leistungsschwächen überwinden wollen, sollten wir uns deshalb auf jene Optionen konzentrieren, die sich im Rahmen der vorhandenen Strukturen realisieren lassen.

Wie das gelingen kann, lässt sich in drei Schlagworten zusammenfassen: Liberalisierung, Vernetzung, ergebnisorientierte Finanzierung.

Liberalisierung ist insbesondere für die Ressortforschung wichtig. Sie bedeutet konkret, dass die Einrichtungen autonom darüber entscheiden können, wie sie ihre Aufgaben bestmöglich erledigen können, und dass sie hierzu insbesondere auch Kooperationsverträge mit anderen Einrichtungen schließen können. In dieser Hinsicht hat das BMELV die Voraussetzungen für die Ressortforschung in den vergangenen drei Jahren erheblich verbessert, wofür wir dankbar sind.

Vernetzung ist insbesondere zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen erforderlich, damit sich die unterschiedlichen Potenziale beider Seiten bestmöglich ergänzen und die Fragmentierung der Forschungslandschaft zumindest teilweise überwunden wird. Bekanntlich kann erfolgreiche Vernetzung aber nicht sinnvoll von oben verordnet werden, sondern sie muss von unten auf der Basis von Vertrauen wachsen. Hier haben sich in den vergangenen Jahren viele gute Ansätze entwickelt, es gibt aber auch noch ungenutzte Potenziale. Für das Ziel einer qualitativ hochwertigen Politikberatung, um die es ja in diesem Vortrag geht, ist es erforderlich, dass sich Verbände herausbilden, die (bei unterschiedlicher Ausgangsprofilierung) ein ähnliches Grundverständnis über den Aufbau einer leistungsstarken Politikberatung haben.

Wenn Liberalisierung gegeben ist und auch die Vernetzung anläuft – und beides ist der Fall – dann bedarf es drittens nur noch einer entsprechenden Finanzierung, und es kann losgehen. Hier kommen nun die Hauptnutzer der Politikberatung ins Spiel: EU-Kommission, BMELV und Länderministerien. Deutlich wurde: Diese Einrichtungen wünschen sich eine nutzergerechtere Politikberatung, und sie sind, wie wir gehört haben, verwundert darüber, dass es in der deutschen Agrarökonomie zum Teil gar keine Anknüpfungsstellen mehr gibt, von denen sie sich die Art der Politikberatung holen können, die sie benötigen.

Da liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die genannten Einrichtungen ihre derzeitigen Verfahren der Mittelverausgabung selbstkritisch anschauen und gemeinsam mit der wissenschaftlichen Agrarökonomie überlegen, wie sie die Mittel stärker zur capacity building in der agrarökonomischen Politikberatung einsetzen können. Nach den Eindrücken der Auftaktveranstaltung wäre es besonders wichtig, dieses capacity building nicht nur auf die Beratung der Landes- und Bundesregierungen auszurichten, sondern von vornherein insbesondere solche Verbände entstehen zu lassen, von denen erwartet werden kann, dass sie auch für die wissenschaftliche Politikanalyse auf der EU-Ebene wettbewerbsfähig sind.

Seed money spielt hier eine besondere Rolle. Von der EU-Kommission haben wir in der Auftaktveranstaltung gehört, dass auf Ausschreibungen, in denen es um relativ kurzfristig anzustellende Bewertungen von EU-Politiken geht, aus Deutschland fast keine Bewerbungen eingehen. Und unser niederländisches Schwester-Institut LEI hat uns im Verbund mit der Universität Wageningen vorgeführt, dass die agrarökonomische Forschung eines Landes, wenn sie sich unternehmerischer aufstellt als das bisher bei uns möglich war, einen wesentlich größeren Einfluss in Brüssel erlangen kann.

Das Wageningen-UR-Modell können wir hier nicht 1:1 kopieren. Aber wir sollten sorgfältig darüber nachdenken, wie wir vielleicht Verbände (beispielsweise zwischen Ressortforschung und universitärer Forschung) schaffen können, die auch für die Politikanalyse und Politikberatung auf EU-Ebene attraktiver werden. Hier wäre eine Anschubfinanzierung erfolgversprechender Projekte äußerst hilfreich, und BMELV sowie Länderministerien wären gut beraten, einen Teil der Mittel, die sie Jahr für Jahr für Einzelstudien ausgeben, besser als Anreiz für die Bildung von Verbänden einzusetzen, von denen ein international wettbewerbsfähiges Politikberatungsangebot erwartet werden kann.

Hier schließt sich nun der Kreis zur DAFA, zur Deutschen Agrarforschungsallianz, die ebenfalls bereits in der Auftaktveranstaltung angesprochen wurde. Die DAFA stellt eine Plattform dar, die – dem bottom-up-Prinzip folgend – auf die Bildung von Forschungskonsortien abzielt. Sie wird nicht primär für die agrarökonomische Forschung etabliert (und schon gar nicht nur für die noch kleinere Teilmenge der politikrelevanten agrarökonomischen Forschung), sondern soll die Leistungsfähigkeit der gesamten deutschen Agrarforschung in ihrer ganzen Breite stärken. Aber selbstverständlich besteht die Möglichkeit, dass sich innerhalb der DAFA auch politikrelevante Konsortien herausbilden, in denen Agrarökonomien – eventuell im interdisziplinären Verbund – ein bestimmtes Kompetenzfeld zunächst für die deutsche und später auch für die internationale Politikberatung aktiv ausbauen.

5 Zusammenfassung der Kernaussagen

Die Frage nach der Politikrelevanz der agrarökonomischen Forschung enthält zwei Teilfragen. Die erste Teilfrage lautet: „Sind die **Themen** der wissenschaftlichen Agrarökonomie politikrelevant?“⁴⁴. Die hierzu angestellten Recherchen und Überlegungen führen zu folgenden Einschätzungen:

- Die wissenschaftliche Agrarökonomie in Deutschland befasst sich in einem hohen Maße mit agrarpolitisch relevanten Themen.
- Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass viele Akteure in der Politik uns auffordern, unsere politikorientierten Themenstellungen stärker zuzuspitzen auf jene konkreten Fragestellungen, die in der Realpolitik auf der Tagesordnung stehen.
- Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass dies einerseits sinnvoll ist, damit unser Sachverstand in höherem Maße als bisher in die konkrete Politikgestaltung einfließt. Andererseits werden wir aber unserer gesellschaftlichen Verpflichtung nur gerecht, wenn wir uns bei der Themenfestlegung und -zuspitzung nicht von realpolitischen Vorfest-

legungen einengen lassen, sondern die gesellschaftlichen Ziele als Ganzes im Blick behalten.

Die zweite Teilfrage lautete: „Sind die **Ergebnisse** der Forschungsarbeiten politikrelevant?“. Hierzu kann ebenfalls nur eine differenzierte Antwort gegeben werden:

- Gäbe es die agrarökonomische Forschung und die darauf fußende Politikberatung nicht, wären wichtige agrarpolitische Reformen entweder gar nicht oder verspätet erfolgt. Insofern ist der agrarökonomischen Forschung durchaus eine positive gesellschaftliche Wirkung zuzuschreiben.
- Gleichwohl ist festzustellen, dass die allermeisten agrarökonomischen Forschungsarbeiten keinen Eingang in die Politik finden und in der vorliegenden Form auch von der Politik als wenig nutzbar angesehen werden.
- Wenn wir dies ändern wollten, müssten wir unsere Forschungsprojekte stärker auf den Bedarf der Politik ausrichten und insbesondere die komplette „Dreistufigkeit“, bestehend aus „(a) Entwicklung innovativer Politikoptionen, (b) Konkretisierung in Bezug auf die rechtlichen Gegebenheiten und (c) Politikfolgenabschätzung im Systemzusammenhang“, in unserer Forschungsarbeit umsetzen.
- In der zersplitterten deutschen Forschungslandschaft und bei den gegebenen Anreizstrukturen sind die meisten Forschungseinrichtungen hierzu nicht in der Lage.

Da eine grundlegende Neustrukturierung der Agrarforschungslandschaft nicht in Sicht ist, sollten sich Verbesserungsvorschläge auf solche Handlungsoptionen konzentrieren, die im Rahmen der vorhandenen Strukturen realisierbar sind. Hier wurden drei Ansatzstellen identifiziert.

- Erstens die Veränderung der Anreiz- und Belohnungsmechanismen in Richtung auf eine stärkere Honorierung von Forschungsarbeiten, die anwendungsorientiert sind und auch einen tatsächlichen Anwendungserfolg auslösen. Dies sollte natürlich nur für jene Einrichtungen gelten, die sich primär zur Anwendungsorientierung bekennen wollen.
- Zweitens eine bessere Internationalisierung unserer Arbeit, insbesondere was die internationale Verbreitung der Ergebnisse und den Ausbau von Partnerschaften mit ausländischen und internationalen Einrichtungen angeht.
- Drittens die Herausbildung von Verbänden, die sich eine leistungsfähigere Politikberatung auf die Fahne schreiben und hierbei auf internationalem Niveau nachhaltig wettbewerbsfähig agieren wollen. Die DAFA könnte hierfür einen geeigneten Rahmen bilden, und die teilweise unzufriedenen Nutzer unserer politikorientierten Forschung (also vor allem das BMELV und die Landesagrarministerien) könnten erwägen, einen Teil jener Forschungsmittel, die sie bisher für Einzelstudien ausgeben, in die Entwicklung solcher Verbände zu investieren.

Anhang

Auswertung der Vorträge der Gewisola-Tagung 2009 in Kiel

(Zusammenstellung von F. Isermeyer. Kürzung der Titel und Extraktion der Kernaussagen aus den Zusammenfassungen erfolgte freihändig und ohne Rücksprache mit den Autoren)

A. Vorträge zu politikrelevanten Themen

I. Bioenergie-Politik

Einfluss von Bioenergie-Politikoptionen auf die deutsche Landwirtschaft

Die Verfolgung der ambitionierten Bioenergie-Ziele der EU wird Agrarpreise und Agrarproduktion deutlich nach oben treiben.

Analyse des 10%-Biokraftstoff-Ziels der EU mit Hilfe des DART-Modells

Das CGE-Modell DART ist nun (mit Einschränkungen) für die Analyse von Bioenergie-Politiken nutzbar. Erste Analysen zeigen überraschend niedrige Weltmarktpreiseffekte.

Wie wirkt die Novellierung des EEG auf die Wettbewerbskraft der Biogasproduktion?

Durch die EEG-Novelle 2008 wurde die Wettbewerbskraft der Biogasanlagen weiter gesteigert, was bei niedrigen Weltagrarpreisen zu einer Erhöhung der Bodenrente führt.

Modellierung regionaler Maismärkte und Transportentfernungen für die EEG-Analyse

Im Vergleich zu einem alternativen Politik-Szenario, bei dem gleiche Biogasmengen erzeugt werden, führt die derzeitige Förderung zu höheren Belastungen der Verbraucher.

II. Verbraucherpolitik

Bewertung der neuen Lebensmittelkennzeichnung „ohne Gentechnik“

Die Produktionssysteme, die unter diesem Label zusammengefasst werden dürfen, entsprechen nicht den Erwartungen, die die meisten Verbraucher mit dem Label verbinden.

Verbraucherakzeptanz von gentechnisch verändertem Rapsöl

In der Präferenz der Verbraucher rangiert Öko vorn, konventionell im Mittelfeld und GM am Schluss. Bei größeren Preisabschlägen gibt es aber ein Marktpotenzial für GM-Rapsöl.

Analyse der Kontroll- und Sanktionshäufigkeiten von Öko-Kontrollstellen

Zwischen verschiedenen Kontrollstellen gibt es signifikant unterschiedliche Sanktionshäufigkeiten. Dieser Befund legt weiterführende, übergreifende Untersuchungen nahe.

Die Bedeutung ethischer Werte für Kaufentscheidungen der Verbraucher

„Artgerechte Tierhaltung“, „regionale Erzeugung“ und „faire Preise für Landwirte“ stellen die für die Verbraucher wichtigsten Wertkategorien dar.

Die Reputation der Fleischwirtschaft in der Gesellschaft

Das Interesse an der Branche ist eher gering, und es ist fraglich, ob ihr Glaubwürdigkeitsproblem durch Erfüllung spezifischer Leistungskomponenten (z. B. Tierschutz) zu lösen ist.

Markteffekte medienwirksamer Lebensmittelskandale

Bei den vier ausgewählten „Fleischskandalen“ (2001 bis 2006) konnte kein signifikant negativer Einfluss auf Agrar- und Verbraucherpreise nachgewiesen werden.

III. Sonstige Politikbereiche (Agrar-, Umwelt-, Entwicklungspolitik)

Gemeinschaftliche vs. nationale Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik

Gemeinschaftliche (i. V. zu nationaler) Finanzierung generiert bei den Direktzahlungen Wohl-
fahrtsverluste, bei den Marktpolitiken und bei der zweiten Säule Wohlfahrtsgewinne.

Ein Multiagentenmodell zur Politikfolgenabschätzung in der Schweiz

Das im Aufbau befindliche Modell erhebt den Anspruch, auf Basis des FADN die Schweizer
Landwirtschaft in ihrer Heterogenität abzubilden und Strukturwandel-Prognosen abzugeben.

Erwartungen der Schweizer Bevölkerung bzgl. Milchviehhaltung und Agrarpolitik

Preissenkungen, die zu einem erhöhten Kraftfuttereinsatz in der Milchviehhaltung führen,
entsprechen nicht den Erwartungen der Schweizer Bevölkerung.

Staatliches Krisenmanagement und Marktreaktionen östlicher „Getreidenationen“

Exportsteuern haben die Weltmärkte gestört, und sie haben verhindert, dass Produzenten in
diesen Ländern potenzielle Exporterlöse realisieren.

Regionalwirtschaftliche Effekte veränderter Wassernutzung in Nordost-Niedersachsen

Eine Beschränkung der Wasserentnahme-Erlaubnisse hätte schwach negative Konsequenzen,
der komplette Verzicht auf Beregnung stark negative Konsequenzen für die Region.

Einflussfaktoren auf die Effizienz von ökologisch wirtschaftenden Milchviehbetrieben

Zahlungen aus den Agrarumweltprogrammen beeinflussen die technische Effizienz der Öko-
betriebe kaum; Agglomerationseffekte wirken sich demgegenüber positiv aus.

Einfluss der Agrarforschung auf die Kontrolle von Tierkrankheiten in Afrika

Landwirte, die sich an tierbezogenen Forschungsaktivitäten beteiligen, verfügen über bessere
Kenntnisse für eine erfolgreiche Kontrolle von Tierkrankheiten.

Ursachen für das Brachfallen von Agrarflächen im Kosovo

Hauptgrund dafür, dass landwirtschaftliche Haushalte Land brach fallen lassen, ist unzurei-
chende Rentabilität. Besserer Marktzugang sowie Flächenzusammenlegungen könnten helfen.

B. Vorträge zu anderen Themen

In diesen Vorträgen wurde analysiert,

- wie „prediction markets“ für Agrarpreis-Prognosen genutzt werden könnten,
- welche Besonderheiten die Rapspreis-Entwicklung in der Hochpreisphase aufweist,
- wie Sonderangebote des LEH die Preissynchronisation im Markt beeinflussen,
- wie Pachtverträge an schwankende Agrarpreise angepasst werden können,
- wie Kleinbauern in Vietnam sich durch Diversifizierung an Schocks anpassen,
- wie Märkte an Ländergrenzen in Ostafrika integriert sind,
- wie Landwirte ihre Einkommen durch einen Wechsel der Bank erhöhen könnten,
- wie eine Netzwerkeinbindung auf das betriebliche Tierschutzmanagement wirkt,
- wovon es abhängt, ob sich Landwirte für Melkroboter entscheiden,
- welche Perspektiven der Bioökonomierat hat,
- welche neuen Aufgaben sich für wissenschaftliche Bibliotheken ergeben.